

Finanzplatz muss Goodwill schaffen

Das Ausland will glaubwürdige Signale erhalten, dass sich der Finanzplatz Schweiz verändert – er muss in die Gegenoffensive gehen. Gelingt das nicht, dann werden auch andere Verhandlungen nicht besser enden als diejenigen mit den USA. **TEODORO D. COCCA**

Der Steuerdeal mit den USA zeigt auf fast schon unerträgliche Art und Weise, wie schwierig sich der verzweifelte Versuch des Finanzplatzes Schweiz gestaltet, einen alternativlosen Paradigmenwechsel zu vollziehen. Die Botschaft an die in der Vermögensverwaltung mit ausländischen Kunden tätigen Banken ist unmissverständlicher denn je: Der Bundesrat leitet den internationalen Druck ungefiltert an die fehlbaren Schweizer Banken weiter und ist nicht mehr bereit, sich über Mass politisch zu exponieren. Diese neue politische Haltung ist am Finanzplatz Schweiz zur Kenntnis zu nehmen.

Explosiv ist der Umstand, dass durch die Datenlieferung an die USA interne Bankstrukturen wie auch externe Netzwerke von Anwälten und Treuhändern, die rund um Steuerlösungen eine allfällige Rolle gespielt haben, den USA zu neuen Schlüssen verhelfen könnten. Wie die USA auf mögliche neue Einsichten reagieren werden, bleibt ein unkalkulierbares Risiko. Es erscheint fahrlässig, dass die Schweiz eine solche Datenlieferung zulässt, ohne sich irgendwelche Zusicherungen diesbezüglich geben zu lassen. Eine Eskalation des Streits ist damit eher programmiert als gebannt.

Weiterhin unhaltbar ist der Umstand, dass eine Schweizer Bank lediglich durch Anklageerhebung einer ausländischen Behörde faktisch in den Konkurs getrieben werden kann. Dies stellt grundlegende juristische Prinzipien auf den Kopf. Was wäre, wenn in Zukunft eine Schweizer Bank aufgrund eines objektiv umstrittenen Missverhaltens durch die US-Justiz angeklagt würde und sich auf gerichtlichem Wege nicht wehren könnte? Es besteht die dringende Notwendigkeit, darüber nachzudenken, wie man eine angeklagte – aber noch nicht verurteilte – Bank schützen könnte.

Zu geordneter «Bestrafung» beitragen

Es wurden in der Welt des Private Banking Fehler gemacht, viele Fehler – das steht ausser Frage. Die fehlbaren Institute sollen zur Verantwortung gezogen werden. Es liegt aber trotzdem im Interesse der Schweiz, dem Bankenplatz auf dem internationalen Parkett zu einer geordneten «Bestrafung» zu verhelfen. Alles andere würde die Souveränität und das Image des Landes aufgrund der Eskalationsrisiken weiter gefährden. Nach der Bedeutung des Geschäfts ist dasjenige mit amerikanischen Kunden weitaus kleiner als das Volumen der verwalteten Gelder europäischer Kunden. Die Verhandlungen mit den USA waren somit das Vorspiel.

Richtig ernst werden die nun anstehenden Verhandlungen mit der EU und der OECD sein. Der Druck vonseiten der EU bzw. der OECD wird noch dieses Jahr mit voller Kraft auf die Schweiz einwirken – der automatische Informationsaustausch (AIA) gegenüber der EU wird unausweichlich sein. Falls die im Rahmen eines AIA gelieferten Daten Rückschlüsse in Bezug

auf vergangene Verhaltensmuster von Schweizer Banken zulassen, wäre ein Eskalationsszenario wie mit den USA nicht auszuschliessen. Der Steuerdeal mit den USA (wie auch damals mit der UBS) basiert auf der Erkenntnis, dass Banken für ihre vergangenen Handlungen gebüsst werden sollen. Dies ist ein Grundsatz, der etwa in den Abgeltungssteuerabkommen mit europäischen Ländern nicht vorgesehen ist. Bankkunden gelten in diesen Abkommen bekanntlich nur die verkürzten Steuern ab, Banken selbst werden für ihr allfälliges Dazutun jedoch nicht belangt.



Es ist zu ergründen, wie eine angeklagte – aber noch nicht verurteilte – Bank zu schützen ist.

Die präjudizierende Wirkung des Resultats der Verhandlungen der Schweiz mit den USA hatte bereits zur Folge, dass in der OECD die damalige Lösung für die UBS zu einer Diskussion und inzwischen zu völliger Aufweichung der Kriterien für Gruppenanfragen geführt hat. Es würde nicht erstaunen, wenn auch dieses Mal die internationale Gemeinschaft im Windschatten des US-Erfolgs den Inhalt ihrer Forderungen ausweiten und diese Art von Vergangenheitsbewältigung vorschlagen würde.

Die Schweizer Politik darf aber auch nicht übersehen, dass sich die Private-Banking-Branche – zumindest gemäss eigenem Geschwindigkeitsempfinden – schnell verändert. Es gibt zugegebenermassen auch bedeutende Gegenkräfte, die in alten Denkmustern verharren. Eine politisch orchestrierte Lösung für die in nahezu jeder Private-Banking-Einheit vorhandenen Altlasten würde die progressiven Kräfte stärken. Allein können die Banken die Altlasten realistischweise nicht lösen. Die Stimmung in vielen europäischen Zielländern ist so weit fortgeschritten, dass sich Banken, Kundenberater und Kunden selbst nichts sehnlicher wünschen als die Regularisierung der Vergangenheit.

Wo es hierzu sinnvolle Möglichkeiten gibt, wird dies derzeit auch in erheblichem Masse genutzt. Dieser Weg der Selbstanzeige ist allerdings nicht für alle relevanten Märkte begehbar, weshalb es kollektiv ausgehandelte Lösungen braucht. Die Regularisierung der Vergangenheit – banken- wie kundenseitig – ist die beste Garantie für einen in Zukunft integren Finanzplatz.

Gleichzeitig ist ein Appell an die Bankenwelt selbst zu richten. Damit die schweizerische Diplomatie und Politik in den anstehenden Verhandlungen glaubwürdig und stark auftreten kann, darf es keine Zweifel darüber geben, dass sich der Finanzplatz verändert hat. Dazu ist es un-

erlässlich, endlich unter den Banken eine einheitliche und vor allem glaubwürdige Position zur gegenwärtig völlig diffusen Haltung zur Steuerkonformität zu finden. Der Branchenverband zeichnet sich in dieser Diskussion seit Jahren leider durch eine komplette Paralyse aus, die untragbar ist. Dass die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Bankengruppen eine Erklärung für diesen Missstand sind, darf nicht als Ausrede für diesen Stillstand gelten. Nötigenfalls ist über neue Strukturen nachzudenken.

Zudem bedarf es der Sensibilität aller Akteure, dass allein mit der Begleichung von Geldstrafen das Problem nicht zu lösen sein wird. Ohne die Schaffung von Goodwill im Ausland werden die anstehenden Verhandlungen nicht besser enden als der Deal mit den USA. Es bedarf einer kräftigen Gegenoffensive des Finanzplatzes. Das Ausland will kohärente Signale erhalten, dass sich der Finanzplatz verändert.

Es wäre fatal zu glauben, man könne den Weg zur Steuerkonformität mit erwartungsvoller Passivität beschreiten. Der Weg in Richtung eines steuerkonformen Geschäftsmodells ist nicht eine Frage von auszufüllenden Formularen und einzufordernden Bestätigungen, sondern eine Frage der Veränderung von Wertvorstellungen und Denkhaltungen – nötigenfalls verbunden mit personellen Änderungen, wo sich chronische Umdenkensresistenz oder Glaubwürdigkeitsdefizite zeigen.

Werthaltungen im Wandel

Wenn private Kunden kein Konto mehr bei Schweizer Banken eröffnen wollen, weil der alleinige Umstand, ein solches Konto zu besitzen, bereits ein Verdachtsmoment für Steuerunehrlichkeit bedeutet, dann ist der Marketing Super-GAU Realität. Ein deutscher Kunde braucht derzeit viel Mut, um ein Konto in der Schweiz zu eröffnen. Ferner ist aus Bankensicht kritisch zur Kenntnis zu nehmen, dass vergangenes Verhalten inzwischen aus Werthaltungen der Gegenwart beurteilt wird. Insofern ist auch jegliches heutige Agieren kritisch zu hinterfragen.

Die heutige Praxis wird in ein paar Jahren aus Wertvorstellungen heraus beurteilt werden, die sich weiterentwickelt haben werden. Mit der Projektion dieses rückwirkenden moralischen (und juristischen) Urteils tut sich die Finanzwelt in vielen Bereichen schwer, weil häufig schon in der Gegenwart die feine Unterscheidung zwischen Legalität und Legitimität strapaziert wird. Sollte der Schwarm der Untugendhaften nun auf Länder ausweichen, in denen der Druck zur Steuerkonformität noch nicht angekommen ist, dürfte dies im Lichte der aktuellen Erkenntnisse eine letztlich ins Verderben führende Strategie sein.

Teodoro D. Cocca ist ordentlicher Professor für Asset Management an der Johannes-Kepler-Universität Linz und Adjunct Professor am Swiss Finance Institute.